

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. April 1959

350/AB.
zu 351/JAnfragebeantwortung

Die Abgeordneten C z e t t e l und Genossen haben in einer Anfrage, betreffend das Investitionsprogramm für den verstaatlichten Kohlenbergbau Grünbach am Schneeberg, an die **Bundesregierung** folgende Frage gerichtet:

Ist die Bundesregierung bereit, mitzuteilen welche Massnahmen vorgesehen sind, um dem Steinkohlenbergbau Grünbach am Schneeberg und somit den mehr als 1.000 Arbeitern und Angestellten die dringend notwendige Hilfe zukommen zu lassen?

In Beantwortung dieser Anfrage teilt Bundeskanzler Ing. R a a b namens der Bundesregierung folgendes mit:

Der Kohlenbergbau Grünbach nimmt unter den verstaatlichten Kohlenbergbauen eine besondere Stellung ein, da dieses Unternehmen der einzige verstaatlichte Steinkohlenbergbau ist und während der russischen Besatzungszeit ohne nennenswerte Investitionen im Gegensatz zu den übrigen österreichischen Kohlenbergbauen geführt wurde. Nach Übernahme des Grünbacher Steinkohlenbergwerkes in die österreichische Verwaltung wurde von der damaligen Kohlenholding ein Investitionsprogramm aufgestellt, das bis nun erst zu einem Teil ausgeführt werden konnte, da die dazu nötigen Mittel nur sehr schleppend freigemacht werden konnten.

In Anbetracht der Verschärfung des Kohlenmarktes, teilweise bedingt durch ausländische Konkurrenz, die zu Dumpingpreisen anbietet, andererseits durch die Konkurrenzierung durch in- und ausländisches Heizöl und Ergas war es notwendig, das Investitionsprogramm, das insgesamt die Aufbringung von etwa 80 Millionen Schilling verlangte, einer Überprüfung zu unterziehen, umso mehr, als die Lebensdauer Grünbachs beschränkt ist.

11. Boiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. April 1959

Seit einigen Wochen befassten sich Bergexperten und Betriebswirte mit der eingehenden Untersuchung, welche Mittel nunmehr benötigt werden, um eine optimale wirtschaftliche Ausnützung des vorhandenen Kohlevorräts und der Arbeitskräfte zu gewährleisten. Es steht dabei schon fest, dass der **Steinkohlenbergbau Grünbach**, bei den derzeitigen Marktverhältnissen, nicht in der Lage sein wird, seine Kohle zu kosten-deckenden Preisen zu verkaufen, auch wenn der ursprüngliche Investitionsplan durchgeführt wird. Um den durch die Differenz zwischen Kosten und Preis entstandenen und noch weiter entstehenden Betriebsverlust zu überbrücken, wurden zunächst auf Grund eines Antrages der **IBV** beim Bundesministerium für Finanzen dem Kohlenbergbau Grünbach 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluss der Untersuchungen wird über die weiteren Hilfsmassnahmen für Grünbach beschlossen werden.

-.-.-.-